

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden
Verlagsnummer: 25 241
Für den Nachdruck 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1928 von täglich zweimaliger Heftung bei Haus 1,70 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Wk., für auswärts 40 Wk., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wk., außerhalb 20 Wk., die 10 mm breite Reklamazeile 200 Wk., außerhalb 250 Wk., Cillertengebühr 30 Wk., Wochenschrift halbiert gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Druckerei: **W. G. G. G.**
Markenstraße 38/42
Druck und Verlag von **Klein & Reichardt** in Dresden
Postfach-Route 1068 Dresden

Roms neue Mittelmeerpolitik gegen Paris.

Alarmnachrichten aus Rumänien. — 15 japanische Kriegsschiffe nach China unterwegs.

Bündnis Rom—Angora—Athen vor dem Abschluß

Zwei gesonderte Pakte.

Berlin, 7. Mai. Wie aus Athen berichtet wird, scheinen die seit der Balkan-Begegnung von den Außenministern Italiens, Griechenlands und der Türkei geführten Unterhandlungen vor greifbaren Resultaten zu stehen. Der italienische Gesandte und der griechische Gesandte in Angora werden am Dienstag die abschließenden Verhandlungen mit dem türkischen Außenminister Aufschluß geben. Das Ziel der Verhandlungen sei nicht die Schaffung eines dritten Paktes, sondern zweier gesondeter Pakte, eines italienisch-türkischen und eines türkisch-griechischen, die eine Art Mittelmeerabkommen darstellen. Andere Meldungen wollen bereits von dem Abschluß des italienisch-türkischen Paktes und der Genehmigung seitens des Angoraer Ministerrats wissen.

seits an dem konfliktwangeren griechisch-türkischen Differenzen interessiert ist, denn der Ausbruch eines griechisch-türkischen kriegerischen Konfliktes würde auch Italien in den Krieg hineinziehen. Da dann unabweisbar Italien an die Seite Griechenlands gegen die Türkei treten würde, dürften Gründe für die Türkei gegeben sein, den italienischen und griechischen Wünschen nachzukommen. Die Wünsche Griechenlands dürften neben der Forderung auf Beschränkung der Seeabrüstung auf Herabsetzung der feinerzeitigen Ration von 500 000 Pfund Sterling für die Abfindung der ausgetauschten türkischen Bevölkerung auf 100 000 oder 150 000 Pfund gerichtet sein.

Abrechnung mit der Sozialdemokratie.

Der Warnruf eines nationalen Sozialisten.

Zu welchen Zuständen eine Union der Linksparteien, sollte sie aus der Wahlschlacht als Sieger hervorgehen, führen würde, das kennzeichnet noch im rechten Augenblick eine Eingabe der kommunistischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat, in der zur Durchführung des für Pfingsten festgesetzten 4. Reichstreffens des Roten Frontkämpferbundes nebst anderen behördlichen Unterstützungsmaßnahmen die Vergabe von 50 000 Reichsmark aus kommunalen Mitteln und die Beflagung der städtischen Gebäude mit dem blutroten Banner gefordert wird. Schneller als der Innenminister es vielleicht selbst erwartet hat, und gewiss zum größten Mißbehagen der Sozialdemokratie und Demokratie, ist mit dieser Eingabe ein härtester Beweis erbracht worden für die Nichtigkeit des Eruchens an die Landesregierungen zum Verbot der Rotfront. Wenn bereits jetzt „in Anerkennung der Ziele“ dieser Organisation öffentliche Verwaltungsstellen Magdendienste für einen Linksverband tun sollen, dann kann sich jeder einsichtige Staatsbürger ausmalen, was werden würde, wenn die Kommunisten Hand in Hand mit der Sozialdemokratie die Regierungsgewalt übernehmen. Nichts aber wäre irriger, als anzunehmen, daß die Sozialdemokratie ihre „staatsverhaltenden Kräfte“ zur Verteidigung der in allen Lobtönen gepriesenen Republik gegen die gefährlichen Pläne der Kommunisten aufrufen würde. Wenn beide im Reichstagsaal auch mit Häuten aufeinander losschlagen, die Liebe des richtunggebenden Flügels der „vereinigten“ Sozialdemokratie gehört noch immer den roten Brüdern zur Linken, während sie die zwar noch kleine, aber ständig wachsende Partei der Altsozialisten mit einem leidenschaftlichen Haß verfolgt. Wer den mit Furcht gemischten Haß der sozialdemokratischen Funktionärschaft gegen diese Gruppe verstehen will, der greife zu der kleinen Broschüre „100 Tage Diktatur“, die von August Winnig verfaßt worden ist (Verlag Wirth & Co., Dresden). Die Schrift ist zur rechten Zeit erschienen, um im Wahlkampf der Sozialdemokratie einen Spiegel ihrer Unzulänglichkeit vorzuhalten. Winnig hat in ihr mit überlegener und von allem persönlichen Haß freier Sachlichkeit Redenshaft gegeben über seine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar sowie als Diktators Oberpräsident während der Abstimmung und des Kapp-Putsches. Doch Bedeutung für die Wahlsache hat die Broschüre besonders dadurch, weil sie klar den Weg erkennen läßt, den die Wiedervereinigung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen in Wahrheit nicht anders als die völlige Unterwerfung der Scheidemann-Gruppe unter die Gaule-Gruppe war. Auch räumt Winnig mit den Legenden, die von sozialdemokratischer Seite über die Ereignisse jener Tage immer noch geflüstert verbreitet werden, gründlich auf.

Erklärung Seipels zur Bela Kun-Affäre.

Gegen alle revolutionären Umtriebe. — Für Klareinsicht Ungarns.

Eine Warnung an die Sozialdemokraten.

Wien, 7. Mai. In einem dem Vertreter der „Menschl. R. Nachr.“ in Wien gewährten Interview wandte sich Bundeskanzler Seipel gegen die Auffassung, daß die unerlaubte Rückkehr Bela Kuns von Oesterreich irgendwie begünstigt werde. Wenn Bela Kun gekommen sei, um von Wien aus eine Revolution in einem Nachbarstaate vorzubereiten, so sei dies ein vielleicht schlimmerer und schädlicher Angriff auf Oesterreich, als wenn er in Oesterreich selbst seine kommunistische Agitation hätte entfalten wollen.

war und auch eine Bewegung des Volkes zu helfen bereit. Die faschistische Regierung, die behauptet ist, das italienische Volk in materieller und moralischer Beziehung zu bessern, steht an der Spitze aller Nationen, was die soziale Gesetzgebung angeht.

Eine neue Rede Poincarés.

Paris, 7. Mai. In Bar le Duc hielt Poincaré seine dritte große Rede, die diesmal den innerpolitischen Fragen gewidmet war und in gewisser Hinsicht als eine Programmklärung angesprochen werden kann. Nach einem kurzen Rückblick auf die Bahnen, die Poincaré darauf hin, wie wichtig eine kluge Vorsicht in allen Fragen der Wirtschaft und der Finanzen sei, da wirtschaftliche und finanzielle Fragen noch während mehrerer Jahre die ganze französische Politik beherrschen würden. Ein neues Defizit würde nicht nur alle Bemühungen, zu einer festen Währung zu gelangen, vereiteln, sondern auch alle bisherigen Vorteile vernichten. Er hoffe, daß die neue Kammer diese Warnung hören werde, denn ein solcher Schritt würde genügen, um das Land in den Abgrund zu stürzen. Dabei bedürfe es einer festen und dauernden Mehrheit, die alle anderen Erwägungen der endgültigen Gesundung der Währung unterstelle. Die finanzielle Gesundung sei ohne die ökonomische undenkbar. Daher werde die Kammer versuchen müssen, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion des Landes zu erhöhen. Andererseits dürfe eine Regierung auch in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten die sozialen Reformen nicht aus den Augen lassen. Poincaré schloß, Frankreich bedürfe heute mehr denn je aller Kräfte, um ohne Störung sein Schicksal selbst zu bestimmen. Es habe nur den einen Wunsch, zur Stärkung des Weltfriedens beizutragen. In dieser Hinsicht, die noch die Spuren der offenen Kriegswunden zeige, wünsche ein jeder aus vollem Herzen die aufrichtige Annäherung aller Völker, insbesondere aber der europäischen.

Mussolinis wirtschaftspolitische Ziele.

Korporative Wirtschaft gegen den Kapitalismus.
Rom, 6. Mai. Im Augustum wurde der Dritte Internationale Kongress des faschistischen Syndikats eröffnet. Nachdem der Führer der italienischen Syndikatsbewegung, Abg. Mussini, den Bericht erstattet hatte, hielt Ministerpräsident Mussolini eine Rede, in der er ausführte: Um den italienischen Syndikalismus richtig zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der italienische Syndikalismus nach dem Abgange der Revolutionen, Utopien und Verwirrungen darstellte. Das Ziel, die Menschheit durch einfache Aneignung des menschlichen Geschlechtes glücklich zu machen, war eine Narrheit, denn die Natur selbst ist ein Reich der Ungleichheit.

Ein aller Volksbrauch abgeschafft.

Zürich, 7. Mai. Die Landsgemeinde des Kantons Uri, in der bisher das Volk unter freiem Himmel die Gemeindefragen wählte und über Gesetze abstimmt, hat mit großer Mehrheit die Abschaffung dieser 500 Jahre alten Institution und ihre Ersetzung durch die Urnenabstimmung beschlossen. Die Landsgemeinde besteht in der Schweiz jetzt nur noch in den Kantonen Glarus, Unterwalden und Appenzell.